

Universitätsprofessor Dr. Gerhard Merk, Siegen (Deutschland)

<http://www.uni-siegen.de/fb5/merk>

red-hot current topics

*Newly Revised
Die S. Angelae Merciae MMX*

*I was blamed to advocate in this article between the lines autarky.
What a nonsense! >>The contrary is the case.<<*

*German orthography according
to standard Swiss usage*

Globalisierung: einige Leitgedanken

Artikel in der Zeitschrift "Informationen" der Internationalen Treuhand AG,
Basel, Genf, Zürich, № 112 vom November 2002

Leitsatz

Schon als Knabe sass er jeden Tag am Computer. Einen Text in den Rechner zu geben und zu formatieren, ist für ihn ein Kinderspiel. Auch noch heute als Rechtsanwalt schafft er das auf Anhieb mit linker Hand.

Inzwischen hat sich der Advokat ganz auf Ehescheidungen verlegt: ein fürwahr einträglicher und sicher auch zukunftssträchtiger Zweig der Rechtsberatung! Selbst bei missgünstigen Kollegen gilt er als die Nummer ein auf diesem Gebiet.

Allen Schriftverkehr überlässt er einer Bürolistin. Diese allerdings schafft noch lange nicht die Leistung ihres Chefs. Die Schreibdame bringt es mit Ach und Krach gerade einmal auf eine einzige sauber formatierte Seite in zwanzig Minuten.

Absolut gesehen kann der Anwalt besser den Klienten beistehen *und* besser alle Korrespondenz erledigen. Absolut betrachtet vermag die Schreibkraft schlechter ins Reine zu schreiben *und* auch schlechter die Besucher zu beraten – sogar wenn man annimmt, dass sie selber bereits drei Ehescheidungen hinter sich hat. Denn das reichlich verzwickte Scheidungsrecht lernt man nicht aus Erfahrung.

Trotz der Tatsache, dass der eine (Rechtsanwalt) die *beiden Tätigkeiten* absolut *besser*, die andere (Bürokräft) hingegen beide Verrichtungen absolut *schlechter* besorgt, lohnt sich unstreitig die eingeführte Arbeitsteilung. Vergleichsweise, *komparativ* gesehen, ist diese sowohl für den Fürsprecher als auch für die Kontoristin von Vorteil. Beide erzielen so das höchste Einkommen.

Nun stelle man sich statt des Advokaten das Land A und statt der Bürolistin das Land B vor. Auch seien noch viele weitere Staaten hinzugedacht. Sie alle können Güter am billigsten erhalten, wenn sie sich bloss auf die Herstellung jener Waren und Leistungen beschränken, die sie vergleichsweise am günstigsten herstellen können: bei denen sie im *komparativen Kostenvorteil* sind. Die anderen Güter tauschen sie zu ihrem und der Partner Vorteil im Handelsverkehr ein.

Diesen einsichtigen, logische nicht zu widerlegenden Grundsatz nennen die Ökonomen das "Gesetz der komparativen Kosten". Globalisierung – wie immer die Umschreibungen im einzelnen auch sein mögen – bedeutet nichts anderes als die Durchsetzung dieser Richtschnur auf den weltweiten Austausch von Gütern.

Bedingungen

Für alle Gesetze in der Ökonomik gelten Bedingungen, nämlich Voraussetzungen, ohne deren Vorhandensein der in einer Regel ausgesprochene Sachverhalt (so) nicht gilt. Im Falle des Gesetzes der komparativen Kosten sind vor allem fünf solcher Bedingungen zu nennen.

1. Freier Handel muss gewährleistet sein. – Jedes Land verzichtet sowohl auf Einfuhrbeschränkungen als auch auf Zuwendungen an Exporteure. Zölle, mengenmässige Beschränkungen des Aussenhandels und verwaltungstechnischer Protektionismus jederlei Art, einschliesslich vaterländischer Aufrufe ("Buy British", "Aus deutschen Landen frisch auf den Tisch") bleiben ausgeschlossen.

2. Alle Kosten müssen eingerechnet werden. – Stillschweigend wird vorausgesetzt, dass bei der Beurteilung der günstigsten, mit den geringsten Kosten erreichbaren Herstellung eines Gutes auch sämtliche in Anspruch genommenen Leistungen von Produktionsfaktoren (= Kosten) berechnet, *internalisiert* werden.

Der Verzehr von Faktoren ist nicht internalisiert, sondern nach aussen verlagert, *externalisiert*, wenn *andere* dafür zahlen müssen.

(❶) Häufig entstehen bei der Produktion oder dem Transport von Waren für die Öffentlichkeit Belastungen durch Lärm, Gestank und in der Folge Erkrankungen.

(❷) Oft bezuschusst der Staat unmittelbar (Subventionen, wie etwa im Steinkohlenbergbau in Deutschland) oder mittelbar (vor allem durch Steuervergünstigungen) einen Produktionszweig oder die heimische Herstellung gesamthaft.

(❸) Auch minime gesetzliche Anforderungen in Sachen Umweltschutz-Einrichtungen, Sicherheit am Arbeitsplatz, Gesundheitsfürsorge oder Kinderarbeit, allgemein: niedrigere Sozial-Standards, bringen einem Land rein rechnerisch einen komparativen Vorteil.

3. Transportkosten sind einzurechnen. – Transporte von einem Land in das andere sind energie-intensiv. Jedoch wird sehr häufig nur ein geringer Teil der tatsächlich anfallenden Energiekosten verrechnet, der grössere Teil bleibt ausser Betracht.

(❶) Denn fast überall subventionieren die Staaten den Energiesektor direkt und indirekt, etwa durch Zuschüsse bei der Gewinnung von heimischer Energie (Kohle, Gas; Wasser-, Wind- und Sonnenkraftanlagen) oder durch steuerbegünstigte Investitionskredite und Abschreibungen (etwa für Schiffe und Camions).

(❷) Auch die Benutzung von öffentlich finanzierten Verkehrswegen für Gütertransporte ohne Nutzungsentgelt bedeutet eine Externalisierung von Kosten.

(❸) Endlich werden auch die in weltweitem Masstab anzusetzenden ökologischen Kosten für den Transport (Umweltverschmutzung, Waldsterben, Klimaveränderung) nicht berechnet und von anderen (Leben und Gesundheit nächster Generationen) getragen.

4. Kein Austausch gleichartiger Waren. – Es widerspricht ferner der Logik des Gesetzes der komparativer Kosten, wenn gleichartige Waren ausgetauscht werden. So importieren die USA dänische Kekse, während zugleich amerikanisches Gebäck nach Dänemark verschifft wird. Kraftfahrzeuge aus deutscher Produktion werden nach Japan transportiert, zugleich kommen japanische Automobile auf den deutschen Markt. Mehr als 50% des Welt-handels besteht derzeit noch aus gleichzeitigem Import und Export von (im Grund gleichartiger) Waren. Wenn die "Globalisierungs-Gegner" hier den Austausch der Rezepte (bei den Backwaren) oder die Fabrikation der Auto-

modelle vor Ort (local manufacturing) fordern, so haben sie in diesem Fall die ökonomische Vernunft auf ihrer Seite.

5. Ungüter müssen ausgeschieden werden. – Ungüter (bads) sind Waren oder Dienstleistungen, die dem Einzelnen jetzt oder später schaden. Weil aber jeder Einzelne auch immer Teil der Gesellschaft ist, gereichen sie auch dieser zum Schaden. Tabak oder Rauschgift verursachen durch Arbeitsausfall und Krankenbehandlung der Süchtigen (allein Deutschland zählt jährlich schätzungsweise an die 300 000 Totgerauchte: bis anhin immer noch ein Tabu-Thema!) erhebliche Kosten. Nicht *Vorteil* (Wohlstandmehrung) wird hier eingetauscht (etwa durch die Einfuhr von Tabak aus den USA), sondern offensichtlich *Nachteil* (Wohlstandminderung).

Staatspolitischen Einschränkungen

1. Gefahr einer Mono-Kultur. – Uruguay hat nach Einschätzung der Fachleute einen weltweit wohl einmaligen komparativen Vorteil bei der Schaf- und Rinderzucht. Das Höchstmass an Wohlstand in diesem Land wäre dann erreicht, wenn alle Bewohner als Viehzüchter, als Schlachthausarbeiter und in verwandten Berufen tätig wären. Zwar entsteht jetzt ein Verlust an Wirtschaftlichkeit, wenn auch andere Gewerbezweige in Uruguay anzutreffen sind. Aber Vielfalt macht erst die Gesellschaft menschlich ("Lebensqualität"). Gesellschaftlicher Wohlstand ist nicht unbedingt mit dem Höchstmass an Gütern pro Kopf gleichzusetzen.

2. Sicherheits Gesichtspunkt. – Nach dem Gesetz der komparativen Kosten wäre es sinnvoll, die deutschen Steinkohlenbergwerke zu schliessen. Sie gingen dann infolge Wassereinbruchs und durch Gesteinsdruck innert weniger Jahre für immer ganz verloren. Sobald jedoch durch einen Krieg die Weltmeere nicht mehr befahrbar wären, müsste Deutschland diesfalls seine Industrieproduktion stark verringern, wenn nicht gar einstellen. Der Wohlstandsverlust (Subventionen in den Steinkohlenbergbau) ist mit anderen Worten eine Versicherungs-Prämie, bezahlt für die Beständigkeit der Versorgung. Freilich gilt es hier enge Grenzen zu ziehen. Jede Subvention muss ständig kritisch hinterfragt werden.

3. Strategische Gründe. – Bedauerlicherweise ist das von den Philosophen lauthals bekanntgemachte "Reich des ewigen Friedens" auch in unserer "postmodernen Vernunftgesellschaft" noch immer nicht angebrochen. Bis anhin bedarf die Gesellschaft deshalb noch einer Schutzmacht in Gestalt ei-

nes Heeres. Die zur Versorgung einer Armee notwendigen Güter sollten aber tunlichst im eigenen Wirtschaftsgebiet verfügbar sein.

Trägt man dem Rechnung, so muss gerade hier in einigen Bereichen die teurere heimische Produktion in Kauf genommen werden. Allerdings sind die politischen Entscheidungsträger gehalten, die sachliche Rechtfertigung solcher Schutzmassnahmen auch dabei laufend zu prüfen.

Literatur: Gerold Blümle: Außenwirtschaftstheorie. Freiburg i. Br. (Rombach) 1982
Hans Gerd Fuchs u. a.: Güter und Ungüter. Berlin (Duncker & Humblot) 1991

Catholicism universally gave dignity to labour, sanctity to marriage, and brotherhood to man.

Johann Wolfgang Goethe (1749-1832), German philosopher, poet, and statesman